

AI-Index: AMR 53/5347/2022

18. März 2022

-es gilt das gesprochene Wort-

MÜNDLICHE ERKLÄRUNG

PUNKT 4: Interaktiver Dialog über den Bericht der Hohen Kommissarin
zu ihrem Bericht über die Menschenrechtssituation in der
Bolivarischen Republik Venezuela (HRC res. 45/20)

DER SCHUTZ UND DIE EINBEZIEHUNG VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN BLEIBT
ENTSCHEIDEND

FÜR DIE BEWÄLTIGUNG DER MENSCHENRECHTSKRISE IN VENEZUELA

UN-Menschenrechtsrat

Neunundvierzigste Sitzung

28. Februar – 1. April 2022

Herr Präsident,

Amnesty International begrüßt den Bericht der Hohen Kommissarin für Menschenrechte zur Menschenrechtsslage in Venezuela.

Es ist sehr besorgniserregend, dass die Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Menschenrechtsverletzungen in Venezuela ungestraft fortgesetzt werden, da die Behörden die wiederholten Empfehlungen des Amtes des Hochkommissariats für Menschenrechte und der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zu Venezuela ignorieren. Einige dieser Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen, über die diesem Rat wiederholt berichtet wurde, erfüllen offenbar den Tatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit (1).

Im Jahr 2021 stellte Amnesty eine Eskalation der repressiven Politik der Regierung fest, da Menschenrechtsverteidiger*innen und humanitäre Helfer mit politisch motivierten willkürlichen Inhaftierungen konfrontiert sind. Wir sind sehr besorgt über die willkürliche und lange Inhaftierung von Javier Tarazona, Direktor der NGO Fundaredes und politischer Gefangener, der sich seit Juli 2021 aufgrund unbegründeter "Terrorismus"-Anschuldigungen in staatlichem Gewahrsam befindet und dringend medizinische Hilfe benötigt. Wir fordern seine sofortige und bedingungslose Freilassung. Leider ist die Inhaftierung von Tarazona kein Einzelfall. Sie ist Teil einer gut dokumentierten Politik, die sowohl den öffentlichen Diskurs als auch Verhaftungen nutzt, um Menschenrechtsverteidiger in Venezuela zu kriminalisieren.

Kürzlich haben Amnesty International, Foro Penal und Centro para los Defensores y la Justicia einen Bericht veröffentlicht, der einen Zusammenhang zwischen Medienangriffen oder Stigmatisierungen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und politisch motivierten willkürlichen Verhaftungen feststellte.

Trotz verschiedener Zusagen, die sie unter anderem gegenüber diesem Rat gemacht hat, (2) verweigert die Regierung auch weiterhin den Zugang zu den relevanten Sonderverfahren (3) und der Untersuchungskommission.

Wir fordern die venezolanischen Behörden auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, auf die der Rat weiterhin drängen sollte, um die Unterdrückungspolitik zu beenden, um Menschenrechtsverteidiger*innen die sichere Ausübung ihrer Arbeit zu ermöglichen, um der Untersuchungskommission unverzüglich uneingeschränkter Zugang zu gewähren und um die Sonderberichterstatter für außergerichtliche Hinrichtungen und Folter sowie die Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen zu einem Besuch einzuladen.

Die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten sollten ihre Bemühungen mehr denn je auf den Schutz und die Förderung eines sicheren und förderlichen Umfelds für die venezolanische Zivilgesellschaft konzentrieren, die ihre Arbeit unter erheblichem persönlichen Risiko fortsetzen.

Danke

(1) Fact-Finding Mission on Venezuela, Detailed findings of the independent international fact-finding mission on the Bolivarian Republic Venezuela, 15. September 2021, UN Doc. A/HRC/45/CRP.11, Absätze 2086-2094.

(2) UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Bericht: Menschenrechte in der Bolivarischen Republik Venezuela, 5. Juli 2019, A/HRC/41/18, para. 5.

(3) UN Office of the Commissioner for Human Rights, View Country visits of Special Procedures of the Human Rights Council since 1998, "Venezuela (Bolivarian Republic of).

(übersetzt von deepL, korrigiert von der Kogruppe)